

.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis



Kozáry, Andrea (2011):

Rechtsextremistische Demonstrationen in Ungarn am Anfang des 21. Jahrhunderts. Rechtliche und polizeiliche Aspekte

SIAK-Journal – Zeitschrift für
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
(3), 14-24.

doi: 10.7396/2011_3_B

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Kozáry, Andrea (2011). Rechtsextremistische Demonstrationen in Ungarn am Anfang des 21. Jahrhunderts. Rechtliche und polizeiliche Aspekte, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3), 14-24, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2011_3_B.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2011

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 3/2013

Rechtsextremistische Demonstrationen in Ungarn am Anfang des 21. Jahrhunderts

Rechtliche und polizeiliche Aspekte



ANDREA KOZÁRY,
Lehrstuhlleiterin am Lehrstuhl für
Gesellschaftswissenschaften der
Polizeihoehschule in Budapest.

Politologen, Soziologen, Psychologen, Kriminologen und andere Sozialwissenschaftler beschäftigen sich schon lange mit den Themenbereichen Extremismus, Radikalismus, Rechtsradikalismus und mit der damit im Zusammenhang stehenden Gewalt sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Zum dominanten und breit gegliederten Thema wurde jedoch die Gewalt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Das rege Interesse dauert bis heute an. Im Zentrum der neuen Aufgabenfelder der Polizei steht die öffentliche Sicherheit, d.h. die Wiederherstellung der staatlichen Gewalthoheit und der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit. Störfaktoren sind dabei die organisierte Kriminalität, die Präsenz privater bzw. illegitimer paramilitärischer Verbände, Terrorismus, gewaltsamer Extremismus usw. (z.B. Waffenhandel, Drogenhandel, Menschenschmuggel und Korruption).¹

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird in der politischen Debatte häufig mit „Rechtsradikalismus“ gleichgesetzt. Der Ausdruck enthält eine inhaltliche, politisch „rechts“ stehende und zugleich eine formale Komponente „Extremismus“. Zudem bewertet der Begriff etwas als „extrem“ und definiert so indirekt die politische „Mitte“ als vom „äußeren Rand“ her gefährdete Normalität. Dies diene meist dazu, die bestehende Ordnung gegen so definierte Theorien, Personen, Gruppen und ihre Politik zu verteidigen. Daher bezeichnen sich als rechtsextrem Eingestufte selbst kaum mit diesem Begriff, sondern heute meist als „konservativ“, „rechtskonservativ“ oder „national“. Leider findet sich auch in der wissenschaftlichen Fachliteratur die gleichzeitige und offensichtlich synonym verstandene Anwendung zumindest der Begriffe Rechtsradikalismus

und Rechtsextremismus, wodurch selbst bei Interessierten begriffliche Verwirrung ausgelöst und gefördert wird. Einer Definition des Politikwissenschaftlers Michael Minkenberg zufolge schließt der Rechtsradikalismusbegriff „auch Kräfte und Bewegungen“ ein, die „die geltende demokratische Ordnung als solche nicht in Frage stellen, jedoch durch Rückgriff auf den ultranationalistischen Mythos eine Radikalisierung nach rechts und damit eine Revision der Verfassungswirklichkeit anstreben“².

In der Politikwissenschaft ist der Begriff Rechtsextremismus ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten. Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder

nicht organisiert, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen⁴³. Die Verwendung von Verschwörungstheorien kann eine rationale Analyse gesellschaftlicher Missstände ersetzen. Dies dient der Entlastung als auch der Integration rechtsextremer Gruppen. Zudem werden Verschwörungstheorien herangezogen, um historische Anknüpfungspunkte an den Faschismus und Nationalsozialismus zu schaffen.⁴

Zu den strukturellen Merkmalen des Rechtsextremismus zählen Dogmatismus und ein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken. Im politischen Stil lässt sich eine Gewaltlatenz und Gewaltakzeptanz erkennen, die ihren Ausdruck vor allem in verbalen Angriffen auf politische Gegner und Andersdenkende findet. Antisemitismus, Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten vergiften das gesellschaftliche Zusammenleben.

Rassistisch und xenophob motivierte Gewalt tritt intensiver seit den 1990er Jahren auf. Die pluralistische Gesellschaft in den USA und in Europa leidet in der letzten Zeit stärker unter dieser Gewaltform, für die sich mittlerweile der englische Ausdruck „Hate Crimes“ etablierte.

Man unterscheidet zwei Formen von Hassverbrechen dieser Art:

- ▶ Gewalttaten, die die Mitglieder der Mehrheit begehen, um die Minderheiten zu unterdrücken und
- ▶ Gewalttaten, die eine Hassgruppe im Namen einer höheren Instanz oder eines Prinzips begehen, mit dem Ziel, die

Werte in der Gesellschaft zu verbessern oder wenigstens den Staat und die Regierung zu schädigen und zu destabilisieren.

„Hate crimes“ schädigen real die konkreten Opfer und symbolisch die ganze Gesellschaft, weil sie eine Botschaft an alle Menschen senden.

In der Summe der Phänomene wurde manchen Politikern bewusst, dass das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit des Staates, die innere Sicherheit zu gewährleisten, sank, ja, man kann sogar sagen, es handelte sich um die Krise des sicherheitsversprechenden Wohlfahrtsstaates.

DER WACHSENDE RECHTS- EXTREMISMUS IN UNGARN – ZUNEHMENDE GEWALT GEGEN ROMA, LIBERALE UND JUDEN

Neue repräsentative Umfragen haben ergeben, dass „die Zahl der Rechtsextremen unter Jugendlichen 27 Prozent und in der gesamten Bevölkerung 12 Prozent beträgt.“⁴⁵

Der eigentliche Grund für den derzeitigen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus sei – abgesehen von der Tatsache, dass es in Ungarn den in anderen europäischen Ländern teilweise vorhandenen Konsens demokratischer Akteure zur Ausgrenzung faschistischer Parteien und Agitatoren nicht gibt – die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die aus den wirtschaftlichen Problemen resultiere. An diesen Problemen kann keine der Parteien im Kalten Krieg der Politik derzeit erfolgreich etwas ändern.

Es ist wieder populär, vor allem Juden und Roma (abwertend als „Zigeuner“ bezeichnet) für die derzeit wachsenden ökonomischen und sozialen Probleme des Landes die Schuld zu geben. Die Einbindung ihres Landes in die Europäische Union lehnen bekennende Rechtsextremisten ab, ebenso wie die parlamentarische Demokratie. Sie träumen von der Wieder-

herstellung eines völkischen Ungarntums in den Grenzen von 1918. Die Rechtsextremen wollen die alten Grenzen zurück. Natürlich sind sie Antikommunisten, aber sie sind auch Antiglobalisten. Sie sind enttäuscht von der Westintegration und sie hoffen mit alten historischen Symbolen etwas zu finden. Sie haben ein ganz fragwürdiges, unsicheres historisches Symbol gefunden und das ist die Fahne mit den so genannten Arpaden-Streifen.

Quelle: dpa 2010



Internationales Neonazispektakel auf dem Budapester Heldenplatz

Die rot-weißen Streifen stehen nicht nur für das ungarische Königshaus Arpad (Fürst Arpad führte vor über 1.000 Jahren sein Volk aus Mittelasien nach Mitteleuropa⁶), sondern die Arpaden-Streifen-Fahne wurde während des Zweiten Weltkrieges auch als offizielle Fahne von den ungarischen Faschisten, den Pfeilkreuzlern, hochgehalten. Diese Doppeldeutigkeit der Arpaden-Symbolik wird von Ungarns neuen rechtsextremen Bewegungen ganz bewusst eingesetzt.

Während Mitte Februar 2009 (wie in den früheren und späteren Jahren auch) in Dresden 6.000 Neonazis aufmarschierten, fand zeitgleich in Budapest das internationale „Blood & Honour“-Treffen statt, das entsprechend auch internationale Aufmerksamkeit erregte. Dabei ist dies bei weitem nicht die größte völkische und na-

tionalsozialistische „Demonstration“ in Ungarn. Das Land und vor allem Budapest sind seit vielen Jahren Schauplatz von „Mobilisierungskampagnen“ gegen „Juden“ und „Zigeuner“. Auch das Wochenende vom 13. auf den 14. Februar 2009 verging nicht ohne Angst und Lynchstimmung und viele meinten, dass Ungarn vom Ausbruch einer Gewaltwelle „nur noch Minuten“ entfernt war.

International das größte Aufsehen erregt immer wieder die seit 1997 von der „Blood & Honour Hungaria“ organisierte Gedenkfeier zur Erinnerung an den 11. Februar 1945, genannt „Tag der Ehre“, als mehrere zehntausend deutsche und ungarische Soldaten den Ausbruch aus der von der Roten Armee eingekesselten Burg von Budapest versuchten. Nur siebenhundert erreichten die deutsch-ungarischen Frontlinien. Die Mehrzahl starb oder wurde gefangen genommen. Die Gedenkfeier fand im Februar statt und, wie in den Jahren zuvor, inmitten von Budapest, auf dem Heldenplatz.⁷

WAS WIRD DA GEFEIERT?

Beim Kampf um das von Hitler zur „Festung“ ernannte Budapest, das bereits seit Weihnachten 1944 eingekesselt war, kam es vom 11. bis 13. Februar 1945 in Budapest zu einem verzweifelten und militärisch völlig sinnlosen Durchbruchversuch von

Quelle: dpa 2010



Totale Zerstörung in Budapest (1945) „Dank“ des heldenhaften Kampfes von deutschen SS- und ungarischen Truppen

ungarischen Verbänden und SS-Truppen auf der Budaer Burg. Die Belagerung von Budapest war einer der längsten Stadtkämpfe des Krieges. Rund 10.000 deutsche und unter deutschem Kommando stehende ungarische Truppen versuchten sich Richtung Nordwesten durchzuschlagen, nur einige Hundert schafften es. Die SS-Führung achtete mit eiserner Hand darauf, dass es keine Kapitulationsbestrebungen gab, obwohl das offizielle Ungarn bereits am 20. Jänner 1945 einen Waffenstillstandsvertrag in Moskau unterschrieben hatte (Ungarn kämpfte – obwohl erst 1944 von Nazideutschland besetzt – seit 1941 an dessen Seite).⁸ Insgesamt, so wird geschätzt, starben im Kampf um Budapest rund 50.000 Budapester Zivilisten, 40.000 Militärangehörige auf deutscher Seite und ungefähr 80.000 Soldaten der Roten Armee. Gefeierte werden der „Heldenmut“ und die „Treue“ der deutschen wie ungarischen Nazis zu ihrem Führer Adolf Hitler bzw. Nationalführer Ferenc Szálasi, die sich lieber abschlachten ließen als ihre Stellungen aufzugeben. Militärisch wird angeführt, dass die „Verteidiger Budapests“ die russischen Armeen über Wochen gebunden haben. Die Rechte stellt den Kampf der Verbände als Opfer für die Heimat im Kampf gegen den Bolschewismus dar.

Die Organisatoren dürften rechtlich gesehen gar nicht mehr existieren, denn so-

wohl die Bewegung „Blood & Honour Hungaria“ als auch ihre Nachfolgeorganisation „Pax Hungarica“ wurden vor einigen Jahren rechtskräftig aufgelöst. Der Antrag für die Veranstaltung wird deshalb seit Jahren von einer Privatperson, nämlich János Endre Domonkos, eingereicht, der an verschiedenen anderen nationalsozialistischen Veranstaltungen in Ungarn als der Führer von „B&H Hungaria“ oder als der von „Pax Hungarica“ auftritt. Hinzu kommt, dass die Polizei „das Hausrecht“ im öffentlichen Raum am Heldenplatz „den Organisatoren“ überließ, das heißt, dass nicht die staatliche Instanz, sondern jene „Organisatoren“ bestimmten, welche Journalisten die Absperrzone zwischen den zwei Kordonen betreten durften, was ein Schlag ins Gesicht des demokratischen Rechtsstaates war.

Im Februar 2009 versammelten sich trotz eisiger Temperaturen knapp zweitausend ungarische, deutsche, italienische, slowenische, slowakische, tschechische, schwedische und englische Neonazis. Von ungarischer Seite waren diesmal auch eine Gruppe der von der rechtsradikalen „Jobbik“ („Die Besseren“ oder „Partei für ein besseres, rechteres, richtiges Ungarn“) gegründeten paramilitärischen „Ungarischen Garde“, die völkische „Jugendbewegung Vierundsechzig Komitate“ und die ebenfalls völkische „Bewegung Ungarische (Magyarische) Selbstverteidigung“ vertre-

Quelle: dpa 2009



Versammlung von knapp zweitausend ungarischen, deutschen, italienischen, slowenischen, slowakischen, tschechischen, schwedischen und englischen Neonazis

ten, die regelmäßig gegen die „Herrschaft der Juden“ und gegen die „Zigeunerkriminalität“ demonstrieren und marschieren und oft viel mehr als zweitausend Sympathisanten zusammentrommeln können.

Auch in diesem Jahr gedachten ungarische und ausländische Neonazis den „Heldentaten“ ihrer Vorbilder. Ein Bündnis der einschlägigsten Naziorganisationen des Landes hatte zu diversen Kranzniederlegungen, Gedenkvorträgen und am 13. Februar zu einer Wanderung einer „Ausbruchs-Erinnerungstour“ eingeladen, die auf die Route der damals eingeschlossenen Verbände durch die Burg bis außerhalb der Stadt, wo die Überlebenden damals auf das Einsatzheer trafen, führt.

Auf der Webseite der Organisatoren tauchen auch die Namen von „Hüter Ungarische Garde Bewegung“ (Őröző Magyar Gárda Mozgalom) und „Neue Ungarische Garde Bewegung“ (Új Magyar Gárda Mozgalom) auf, beides Fortführungen der mittlerweile verbotenen „Ungarischen Garde“. Damit haben sich auch die Maskeraden von Gardegründer und Jobbik-Chef Gábor Vona und der Jobbik-Europa-abgeordneten Krisztina Morvai erledigt, die immer wieder betonten, dass Partei und Garde keine Neonazis seien, wie das in westlichen Medien immer dargestellt würde, sondern lediglich ein „unpolitischer“ Verein zum Schutz des Ungarntums. Die Mitorganisatoren des „Tages der Ehre“ halten militärische Übungen ab, rufen offen zum Mord an Juden und Kommunisten auf und fordern den Umsturz des Systems. Man veranstaltete die Demonstration am Donauufer, wo einige Schuhe am Ufer jene Stellen markieren, an denen damals Juden von den Pfeilkreuzlern in die Donau getrieben und im eiskalten Wasser erschossen worden sind (direkt vor dem Budapester Holocaust-Mahnmal).

In der Relation zu anderen nationalsozialistischen Veranstaltungen in Ungarn

muss deshalb leider festgestellt werden, dass die Gedenkfeier zum „Tag der Ehre“ inzwischen eher zu den kleineren und gemäßigeren gehört. Versammlungen mit zwei- bis dreitausend Teilnehmern, an denen offene antisemitische, antiziganistische und homophobe Hetze stattfindet, sind keine Seltenheit. Am völkischen „Kulturfestival“ mit der Bezeichnung „Magyarische Insel“, das jeden August von der erwähnten „Jugendbewegung Vierundsechzig Komitate“ veranstaltet wird, kommen sogar regelmäßig über zehntausend Menschen zusammen.

DIE GEGENKRÄFTE SIND SCHWACH

Mit Widerstand müssen sie nicht rechnen, da die Antifaschisten in Ungarn sehr schwach sind. Dies ist einerseits der fortschreitenden Gewaltbereitschaft den „ANTIFAS“ gegenüber zuzuschreiben, andererseits der Tatsache, dass die „Antifaschisten“ selbst vielfach verkürzt antikapitalistisch und antiglobalistisch, also mit Verschwörungstheorien argumentieren, ganz in der Art, die von der Wissenschaft als „Antisemitismus von links“ bezeichnet wird. Traditioneller christlicher Antijudaismus, völkisches, autoritäres Denken, hegemoniale Strukturen, also ein Vielfaches an Demokratiedefizit potenzieren sich gegenseitig seit vielen Jahrzehnten in Ungarn und münden in der Militarisierung der Gesellschaft. Auch zu der Gedenkfeier „Day of Honour“ (Tag der Ehre) erschienen zwar zwei Dutzend Antifaschisten, doch diese verstummten bald, und der Platz wurde gänzlich den Neonazis überlassen. In Ungarn herrscht eine Atmosphäre des politischen Hasses, die Rechte hat die Straße im Griff, zunehmend bestimmt sie auch das mediale Geschehen. Der Auftritt der Neonazis auf dem Heldenplatz und/oder in der Burg ist somit nur die Spitze eines braunen Eisberges.

Ein Bündnis „Bürger gegen Rechtsextremismus“ ruft „jeden ungarischen Demokraten auf, die von ungarischen Nazis angekündigten Veranstaltungen“ zwischen dem 11. und 13. Februar zu bekämpfen. Das Bündnis will eine „breitangelegte“ Demonstration unter dem Motto „Kein Dialog mit Faschisten“ organisieren und fordert auch die politischen Parteien und Staatsorgane dazu auf, Stellung zu beziehen. Die antifaschistische Bewegung in Ungarn ist sehr schwach und wird von nur wenigen Leuten mitgetragen.

Die ungarische Bewegung „Zivile gegen den Rechtsextremismus“ ruft jeden ungarischen Demokraten auf, die von ungarischen Nationalsozialisten verkündeten Veranstaltungen des „Tags der Ehre“ am 11. oder 13. Februar zu verurteilen. „Wir organisieren im Februar wieder eine breite Demonstration, um die Organisationen der Rechtsextremen aus unserem Land zu drängen“. Unter der Losung „Mit Faschisten gibt es keinen Dialog“ begann die Organisation einer breiten Bewegung mit 54 angeschlossenen zivilen Organisationen und mit mehr als 1.800 aktiven Mitgliedern. „Wir, ungarische Demokraten, wollen zeigen, dass dies eine unverschämte Provokation ist, die von den demokratisch gesinnten Gruppen unserer Gesellschaft aufs schärfste verurteilt wird. An diesem Tag wollen wir mit unserer antifaschistischen

Protestkundgebung zum Ausdruck bringen, dass wir es nicht tolerieren, wenn rechtsradikale Ereignisse dazu beitragen, dass unsere Mitmenschen zu Sündenböcken degradiert und in ihrer Würde verletzt werden.“

DIE GESCHICHTE DER UNGARISCHEN GARDE

Am 28. August 2007 haben die ungarischen Rechtsextremisten eine paramilitärische Garde, die Ungarische Garde (Magyar Gárda), mit 56 „Gardisten“ gegründet. Die Männer in schwarzer Uniform ließen sich vor historischer Kulisse auf der Budapester Burg „vereidigen“. Die Garde unter der Führung des 29-jährigen Gabor Vona wird verdächtigt, als paramilitärische Gruppierung politische Unruhe stiften zu wollen. Vona selbst sagte, Ziel sei es, die Regierung von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany zu beseitigen. Er rief die „Gardisten“ wiederholt auf, sich im Schießen ausbilden zu lassen.

Bei der Vereidigung der ersten Mitglieder wurde eine rot-weiße Arpaden-Streifen-Fahne gehisst, die der Fahne der Pfeilkreuzler genannten ungarischen Nazis im Zweiten Weltkrieg ähnelt. Auch die Uniformen waren mit rot-weißen Abzeichen versehen. Die Fahne der Garde wurde dabei von einem katholischen, einem evangelischen und einem reformierten Pfarrer geweiht. Deren Vorgesetzte erklärten später, die Geistlichen hätten ohne Auftrag gehandelt, vermieden es aber, die ganze Veranstaltung zu verurteilen.

Die Garde verwendet Uniformen und Symbole, die an die faschistische Herrschaft in Ungarn erinnern, provoziert vor allem Minderheiten und marschiert häufig durch Orte und Siedlungen mit Roma-Bevölkerung. Fast täglich marschiert sie irgendwo im Land auf. Einen beträchtlichen Teil ihrer Mitglieder rekrutiert sie aus der Mittelklasse. Schwarze Uniformen, rot-weiß gestreifte Halstücher, eisig-starre

Quelle: dpa 2009



Mitglieder der rechtsradikalen Ungarischen Garde

Gesichter und Stahlgewitterblick. So marschieren die Gardisten im Gleichschritt die schlecht beleuchtete Straße entlang und vorn schreit der Kommandant den Takt: „Eins! Zwei! Eins, zwei, eins!“ Wenn sie nicht marschieren, weihen sie Denkmäler ein, legen Kränze nieder oder halten Brandreden, vor allem gegen die so genannte „Zigeunerkriminalität“, aber auch gegen die EU und die Globalisierung, für eine „lebenswerte Heimat“ und für ein Groß-Ungarn.

Am 17. Dezember 2008, nach einem fast einjährigen Prozess, löste das Budapester Stadtgericht die Organisation der rechtsextremen Ungarischen Garde auf. Es hatte in dem Urteil geheißen, die Vereinigung Ungarische Garde jage der Roma-Bevölkerung und anderen Minderheiten Angst ein und verstoße mit ihren Aktivitäten gegen das Vereinsrecht. Das Urteil war nicht rechtskräftig. Gabor Vona, der Gründer der Ungarischen Garde und Vorsitzender der rechtsextremen Partei Jobbik erklärte nach dem Urteil: „Die Ungarische Garde ist unauflösbar. Sie wird ihre national- und gesellschaftsrettende Tätigkeit fortsetzen.“

Zum ersten Mal hat ein ungarisches Gericht in einem solchen Fall „Halt!“ gesagt. Allerdings ist die symbolische Wirkung größer als die konkrete Bedeutung. Denn Beobachter gehen davon aus, dass das Urteil überhaupt keine Auswirkungen hat, selbst wenn es die zweite Instanz bestätigt. Es gibt ein juristisches Problem: Die Aufmärsche waren von der „Bewegung Ungarische Garde“ rechtmäßig angemeldet worden. Der Begriff „Bewegung“ ist aber in Ungarn juristisch nicht definiert und fällt so nicht unter das Vereinsrecht.

Trotz gerichtlichen Verbots in erster Instanz war die rechtsextreme Ungarische Garde Anfang Januar 2009 wieder aktiv. Ein Bataillon der paramilitärischen Truppe führte Schießübungen mit scharfer Mu-

Quelle: dpa 2010



Sie marschieren wieder: Die Ungarische Garde auf dem Budapester Heldenplatz

Quelle: dpa 2009



Diese Art der „Budapest Fashion Week“ soll nun behördlicherseits unterbunden werden

nition durch. Der so genannte Kapitän der Einheit bezeichnete die Aktion als „Pfleger von Heerestraktionen“. Die Gardisten hätten lediglich auf Tontauben geschossen, was jedem Bürger erlaubt sei. Ein Aufruf der Garde spricht vom Schutz der Nation mit „unserem Leben und unserem Blut“. Die Bewegung wird ihre Tätigkeit fortsetzen. Man veranstaltete die Demonstration erneut am Donauufer, direkt vor dem Budapester Holocaust-Mahnmal.

Am 15. März 2009 hat die Ungarische Garde auf dem Budapester Heldenplatz 650 neue Mitglieder vereidigt. Die Gardemitglieder würden „ein neues Kapitel der ungarischen Geschichte schreiben“, sagte Gabor Vona. Die Polizei hatte den Heldenplatz mit einem Doppelkordon abgeriegelt. Außerhalb des Schutzzaunes wohnten rund 1.500 Menschen der Vereidigung bei, die

am 161. Jahrestag des Beginns der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes 1848/49 stattfand. Mehrere hundert Polizisten befanden sich in Bereitschaft.

Die Partei Jobbik ist der politische (ausgestreckte) Arm der Ungarischen Garde, einer rechtsextremen, martialisch auftretenden Bande, die zum „Schutz des Ungarntums“ rekrutiert und in der sich brave Schwiegersöhne in Uniformen der Pfeilkreuzler (die damals die ungarischen Juden an die Nazis auslieferten bzw. selbst umbrachten) als Bürgersoldaten für Recht und Ordnung aufspielen. Sie marschieren am liebsten durch Orte, in denen die „Zigeunerquote“ und Kriminalität besonders hoch liegen. Wenn dann die durch Jobbik gewünschte Gendarmerie wieder funktioniert, ist das Roma-Problem zu lösen, meint Jobbik, nicht ohne zu behaupten, man wolle ja den willigen Teil der Roma gerne integrieren, irgendwie.

Am 2. Juli 2009 bestätigte und ergänzte das Gericht in Budapest das entsprechende Urteil erster Instanz vom Dezember 2008. Die rechtsextreme Ungarische Garde ist damit aufgelöst worden und die Entscheidung war rechtskräftig. Die Garde habe „unter Missbrauch des Vereinigungsrechts das Recht anderer Menschen auf menschliche Würde verletzt“, hieß es.

Der Entscheid bezog sich sowohl auf den Trägerverein der paramilitärischen Formation, dem Verein Ungarische Garde, als auch auf die „Bewegung“ der Garde als solche. Der Jobbik-Vorsitzende Gabor Vona lehnte das Urteil in einer ersten Reaktion scharf ab. Es könne mit „unabsehbaren Konsequenzen einhergehen, weil es dem Gerechtigkeitsempfinden der ungarischen Gesellschaft widerspricht“. Der Verein sei zwar aufgelöst, aber die Mitglieder der Garde würden „ihre Tätigkeit fortsetzen“, fügte er hinzu.

Die ungarische Polizei hat daher erneut Ermittlungen gegen die gerichtlich verbotene rechtsextreme paramilitärische Ungarische Garde aufgenommen. Es gehe nun darum zu klären, ob die weitere Aktivität dieser Organisation einen Rechtsbruch darstelle.

An dem Juli-Wochenende 2009 hatten mehrere tausend Anhänger der rechtsextremen Partei Jobbik in Budapest die „Wiederbelebung“ der Ungarischen Garde in Form einer „Bewegung“ verkündet und dies obwohl ein Gericht in Budapest die Ungarische Garde in ihren zwei bis dahin existenten Formen – die „Bewegung“ und den „Verein“ – rechtskräftig verboten hatte. Zunächst hatte die Polizei daraufhin erklärt, sie werde gegen jeden vorgehen, der öffentlich in der Uniform der Gardisten auftrete. Später nahm die Polizei dies aber zurück und die Rechtsextremisten feierten diesen Rückzieher auf ihrer Kundgebung als „Sieg“.

Der Oberste Gerichtshof Ungarns hat dem gerichtlichen Verbot der rechtsextremistischen Ungarischen Garde am 15. Dezember 2009 zugestimmt. Damit wies das Oberste Gericht den Antrag der Rechtsvertretung der Ungarischen Garde zurück, das Urteil des Hauptstädtischen Gerichtes über das Verbot der Organisation aufzuheben. Auch in der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtes wurde betont, die Garde habe mit ihrer Tätigkeit „die Grenzen der freien Meinungsäußerung überschritten“, habe „Konfliktsituationen“ hervorgerufen und sei von dem eigenen Statut abgewichen, das auf „die Pflege der ungarischen Kultur und Geschichte, die Wahrung von Ordnung und bürgerlicher Ruhe abzielt“. Die Veranstaltungen der Ungarischen Garde seien von „Rassenhass“ gezeichnet. Der rechtsextreme Verein will sich nun an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg wenden.

Quelle: dpa 2010



Der Sagenvogel Turul, den schon die faschistischen Pfeilkreuzler als Symbol nutzen, auf einer Karte von „Groß-Ungarn“

AKTUELLE STUDIEN UND UMFRAGEN

Das gerichtliche Verbot der rechtsextremen Ungarischen Garde wird laut einer Umfrage für die Tageszeitung „Népszabadság“ von der Hälfte der ungarischen Bevölkerung (53 Prozent) begrüßt. 37 Prozent wiederum lehnen das Urteil ab, zehn Prozent äußerten keine Meinung. Unterdessen sprachen sich auch bereits tausende Ungarn auf einer Internetplattform gegen die EU-Abgeordneten der rechtsextremen Jobbik-Partei in Brüssel aus. Das von einem Gericht in Budapest beschlossene rechtskräftige Verbot der Ungarischen Garde ist einem überwiegenden Teil der Bevölkerung (82 Prozent, laut der Umfrage) bekannt. Von den 30- bis 39-Jährigen begrüßen 42 Prozent das Gardeverbot. 51 Prozent sind gegen das Gerichtsurteil. Unter den Über-60-jährigen stimmen 66 Prozent für das Verbot der Garde und nur 25 Prozent lehnen das Urteil ab.¹⁰

20 Prozent der 10 Millionen Ungarn sind offen für rechtsextremistische Ideen. Laut einer Studie des ungarischen Political Capital Instituts belegt Ungarn mit diesem Verhältnis in Europa hinter der Ukraine und Bulgarien den 3. Platz. Laut dem Forschungsdirektor des Instituts sind es demnach nahezu 21 Prozent der ungarischen Gesellschaft, die ihre Wertordnung nahe der radikalen Rechten sehen. Das

Institut untersuchte seit acht Jahren in 32 Ländern den Hang zum Extremismus. Dabei hat sich laut Political Capital gezeigt, dass die Offenheit dem Rechtsextremismus gegenüber in Osteuropa anstieg. Im übrigen Europa sei dieses Problem nur in den südlichen Regionen präsent. Das würde eine Art „neuen Eisernen Vorhang“ bedeuten, der nicht aus Draht besteht, sondern aus Ideologie“, konstatierte der geschäftsführende Direktor von Political Capital und erinnerte an das Ansteigen von Antisemitismus und Roma-Feindlichkeit.¹¹

Der ungarische Rechtsextremismus wird durch den Wahlkampf immer lauter und beginnt, sich von einer Protestbewegung in politische Strukturen zu wandeln. Die Partei Jobbik (bei den EU-Wahlen fast 15 Prozent) hat gerade ein 88-seitiges (!) Wahlprogramm veröffentlicht, das einen „radikalen Wechsel“ der Gesellschaft vorsieht. Die Führer der Organisation sprechen auf ihren Tagungen „im Namen des Volkes“, lassen Gott, die Arpaden-Herrscher und die Stephanskronen beschwören. Ihre Hauptgegner sind vor allem die „Finanzkapitalisten“, ein Synonym für „das Judentum“, Kommunisten (einschl. Liberale, gemäßigt Konservative etc.), „Zigeuner“ (ungarische Roma) und alles Nicht-ungarische. Ihr Ziel ist die „moralische und nationale Erneuerung des Ungarns“. Ihre Strategie, ihr Erfolg und ihre scheinbare Geschlossenheit werden u.a. von deutschen Rechtsextremisten bereits als beispielhaft bewundert.

DAS NEUE GESETZ GEGEN DIE LEUGNUNG DES HOLOCAUST IN UNGARN

An einem der letzten Sitzungstage vor den ungarischen Parlamentswahlen hat eine Mehrheit aus sozialistischen und liberalen Abgeordneten am 22. Februar 2010 ein Gesetz auf den Weg gebracht, das künftig

die Leugnung des Holocausts unter Strafe stellt. Zuvor scheiterten zahllose Versuche an einem fehlenden Konsens, der Parteizwischenstrittenheit und verfassungsrechtlichen Bedenken.

Der neue Paragraph 269/C des Strafgesetzbuches besagt, dass mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden kann, „wer öffentlich die Würde der Opfer des Holocaust herabsetzt“ sowie „den Holocaust als geschichtliches Faktum leugnet oder verharmlost und dessen Bedeutung herabsetzt“. Die Abstimmung ergab 197 Ja-Stimmen, nur eine Nein-Stimme, aber 144 Enthaltungen.

Die Abgeordneten des nationalkonservativen FIDESZ wollten damit demonstrieren, dass sie gegen die Sache an sich nichts einzuwenden haben, aber aus diversen Gründen nicht mit Ja stimmen können bzw. wollen. Fraktionsvize Róbert Répássy legte einen Änderungsantrag vor, in dem er eine Erweiterung auf die Leugnung der von „nationalsozialistischen und kommunistischen Regimen begangenen Völkermorde und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vorschlug. Außerdem stimmt der FIDESZ aus prinzipiellen Überlegungen fast nie mit den Sozialisten. Der FIDESZ-Vorschlag wurde von den „Sozialisten“ niedergestimmt und nicht

einfach durch Enthaltung verhindert.

Ein Gesetz gegen Holocaustleugnung, wie es in vielen europäischen Ländern existiert, trägt auch in Ungarn eine Reihe von schwer auflösbaren Widersprüchen in sich. Grundsätzlich steht dahinter der Wille, antisemitischen Hetzrednern durch das Strafgesetz das Handwerk zu legen und damit ein generalpräventives „So nicht!“-Signal zu setzen. Man interpretiert die Leugnung des Geschehenen nicht mehr nur als verbalen Angriff auf die Opfer und deren Nachkommen, sondern selbst als einen Gewaltakt, der die Grundrechte dieser Menschen und die öffentliche Sicherheit gefährdet. Damit stellt man die Holocaustleugnung ganz bewusst außerhalb dessen, was von Meinungsfreiheit gedeckt ist, weil die dahinterstehende Ideologie nicht nur das Recht auf freie Meinung, sondern in der Konsequenz auch den demokratischen Staat und das Recht auf Leben für einige Gruppen gefährdet.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Ideologien im Allgemeinen kann nur durch einen Mindestkonsens aller demokratischen Kräfte gelingen, der bestimmte Dinge verhindert, andere erreichen will, egal, wer gerade an der Macht ist.

- ¹ Kozáry, A. (2002). *The legitimate political violence – as organic part of the establishment*, in: *Policing in Central and Eastern Europe. Deviance, Violence and Victimisation*, Ljubljana.
- ² Minkenberg, M. (1998). *Die neue radikale Rechte im Vergleich USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen-Wiesbaden.
- ³ Stöss, R. (2007). *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin.
- ⁴ *Nazis und Neonazis lieben Demonstrationen und Großveranstaltungen, denn dabei können sie ihre rassistischen, nationalistischen oder NS-verherrlichenden Thesen in die Welt hinaustragen und der Erlebnisfaktor stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Szene.*
- ⁵ Gulyás, V. (2010). *Right-Wing Extremism? Yes, Please, One-Fifth of Hungarians Say*, *Wallstreet Journal*, 16. Februar 2010.
- ⁶ *Mehr darüber in den Publikationen von Iván Bertényi, unter anderem Mitglied der Ungarischen und der Österreichischen Genealogischen und Heraldischen Gesellschaft („Adler“).*
- ⁷ *Mehr darüber vgl. Kozáry, A. (2002). Neonazi Demonstration in Budapest*, in: *Extremismus, jeho koreny, projevy a vychodiska reseni*, Praha, 107–117; Bayer, J. (2002). *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (31), 265–280.
- ⁸ *Mehr darüber vgl. Ungváry, K. (1999). Die Schlacht um Budapest 1944/45. Stalingrad an der Donau*, München.
- ⁹ *Kein Dialog mit Nazis! Der Aufruf der Antifa-Demo*, Samstag, 13. Februar 2010, Budapest.
- ¹⁰ *Public Survey (2009). Szonda Ipsos, Medián, Századvég, Dezember 2009.*
- ¹¹ *Public Survey (2010). Institut Political Capital.*